Nummer 209 — Halle, Dienstag, den 7. September 1926. — 61. Jahrgang — Einzelpreis: 10 Pfennige

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Saale-Zeitung" erscheint an jedem Werktage nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch Boten beträgt 2.00 Reichsmark, durch Zeitungsboten ohne Bringerlohn 1.50 Reichsmark, durch die Post 2.10 Reichsmark u. 36 Pfennige Zustellgebühr. Schluß der Anzeigen-Annahme: Zehn Uhr vormittags. Die Anzeigen werden nach Kolonel-Zeilen berechnet; die Zeile 0.25 Reichsmark für Anzeigen, die im gleichen Umfang in der „Allgemeinen Zeitung" erscheinen, bedürfen Genehmigung. Verlagsgebäude Neue Promenade 1a u. 6a, Brunhardstraße 17. Fernsprecher: Sammel-Nummer 7431. Drahtt-Anschrift: „Saalezeitung Hallesaale" Bank-Rechnung: Deutsche Reichsbank Girokonto, Halle. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 22815. Erfüllungsort u. Gerichtsstand: Halle

Hallesche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mitteldeutschland

Neues in Kürze.

Wie wir erfahren, finden in der kommenden Woche die ersten Informationen über die neue Wahlgesetzvorlage an die Parlamentarier durch den Reichsinnenminister statt.

*

Aus Aeußerungen Dr. Reinholds auf der Industriellentagung in Dresden will man in interessierten Kreisen schließen, daß die Frage einer Aufbringung der Reichsgelder für die Arbeitslosenhilfe im Wege der Inlandsanleihe zunächst nicht mehr in Frage kommt.

*

Die Gewerkschaften haben den Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius um eine neue Unterredung für kommende Woche ersuchen lassen, um der Reichsregierung den Anspruch nach einem Mitberatungsrecht bei der Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms des Reiches zu unterbreiten.

*

Der frühere Reichskanzler Dr. Luther ist von einem Besuch der deutschen Kolonisten im Gebirge nach der peruanischen Hauptstadt Lima zurückgekehrt. Er ist vom Präsidenten Leguia empfangen worden und hat sodann an einem ihm zu Ehren veranstalteten deutschen Sportfest teilgenommen. Am Montag wird Präsident Leguia Dr. Luther ein Bankett in seinem Palais geben.

*

Die Londoner „Evening Times" melden aus Brüssel: Seit gestern sind die bisherigen Abmachungen mit den deutschen und französischen Schwerindustriellen durch belgische Gegenforderungen formell aufgehoben worden.

*

In Kiel fand am Sonntag auf dem Flandernplatz in Gegenwart des Großadmirals v. Koester, des Admirals von Schroeder und zahlreicher höherer ehemaliger Offiziere des Heeres und der Marine die feierliche Grundsteinlegung des Marinekorpsehrenmales statt. Eine große Menschenmenge wohnte dem festlichen Akt bei.

*

In Berlin fanden kommunistische Demonstrationsversammlungen unter der Parole statt: „Deutschland den Räten". Die Beteiligung war weniger stark, als allgemein erwartet war. Auffallend waren starke kommunistische Massenumzüge mit Musikkorps und roten Fahnen durch die Hauptstraßen Charlottenburgs, Wilmersdorf und den Westen.

*

Die im Verlag des „Stahlhelm" erscheinende Zeitschrift „Jungstahlhelm" ist ohne Begründung vorläufig beschlagnahmt worden. Der Grund der Maßnahme soll darin liegen, daß in der beschlagnahmten Wochenschrift eine Fortsetzung des kürzlich verbotenen „Stahlhelm" erblickt wird. Die Stahlhelmleitung hat gegen die Beschlagnahme Beschwerde eingereicht. Auch die Magdeburger „Elbwacht" ist von der Polizei verboten worden.

*

Aus Mainz wird gemeldet: Anläßlich der begonnenen französischen Manöver haben 92 Orte des Besatzungsgebietes Einquartierungen erhalten. Entgegen den Versicherungen der französischen und auch der deutschen Behörden kann die Anwesenheit von acht Tankgeschwadern, sowie von französischen Heimattruppen, die nicht zur Besatzungsarmee gehören, festgestellt werden.

*

Die Londoner „Morningpost" bestätigt in einem Bericht aus der englischen Besatzungszone, daß ganze 420 Engländer zwischen dem 4. und 10. September in die englischen Heimatgarnisonen zurückkehren. Dem Blatte zufolge handelt es sich um keinen eigentlichen Abbau der Besatzungstruppen, sondern um die seit der Räumung der ersten Zone in Aussicht genommene Zurücknahme englischer Eisenbahner und technischen Truppen nach England.

*

In Budapest erschien die Militärkontrollkommission in den Räumlichkeiten des ungarischen Landeswehrmachtvereins „Move", um nach Waffen zu fahnden. Die Durchsuchung verlief ergebnislos.

Der ungarische Minister des Aeußeren Walko und der amerikanische Botschafter Brentano tauschten die Ratifikationsurkunden des ungarisch-amerikanischen Freundschafts-, Handels- und Konsularvertrages aus. Der mit zehnjähriger Gültigkeit abgeschlossene Vertrag kann mit einjähriger Frist gekündigt werden.

*

Die Londoner „Times" melden aus Paris: Seitens des französischen Kabinetts bereitet sich ein Umschwung in der Tangerfrage vor, der geeignet sein kann, noch vor Schluß der Völkerbundstagung die spanischen Interessen teilweise zu wahren. Auf Antrag Italiens wird in Paris seit Freitag über einen Vermittlungsvorschlag in den Tangeranspruchen Spaniens beraten.

Krisis in Spanien.

In einer halbamtlichen spanischen Kundgebung wird auf die sehr ernste Lage hingewiesen, in der sich das Land durch die sich häufenden Fälle von Insubordinationen in der Armee als Folge der Abänderung des königlichen Erlasses über die Besoldung für die Kriegszeit befindet.

So gab gestern der Chef der Artillerieabteilung ohne Ermächtigung des Kriegsministers den beurlaubten höheren Artillerieoffizieren den Befehl, sich wieder auf ihren Posten einzufinden. Der Chef des Artillerieregiments in Segovia ordnete ebenfalls ohne Ermächtigung die Bereitschaft der Truppen der Garnison Segovia an, und zwar angeblich als Vorsichtsmaßnahme für etwaige Angriffe durch Madrider Truppen. Auch in der Militärakademie in Valladolid sind Fälle von Ungehorsam vorgekommen.

Belagerungszustand in Spanien

Der spanische „Staatsanzeiger" und das Amtsblatt des Kriegsministeriums veröffentlichen zwei Verordnungen, erstens die Erklärung des Belagerungszustandes in ganz Spanien, auf den Balearen und den Kanarischen Inseln, zweitens die Dienstenthebung aller Artillerieoffiziere des aktiven Dienstes mit Ausnahme derjenigen von Marokko unter Verlust des Gehaltes und unter Verbot des Uniformtragens. Die Ueberwachung der militärischen Gebäude und der Befehl über die Artillerie wird überall durch die Offiziere der Reserveformationen übernommen.

Einer amtlichen Veröffentlichung zufolge versicherte der König in der gemeideten Audienz Primo de Rivera erneut seines Vertrauens und ermächtigte ihn, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen. Noch in der Nacht erhielt die Regierung zahlreiche Kundgebungen von Körperschaften und Einzelpersonen, darunter vielen Offizieren, die der Regierung ihre Anhänglichkeit bezeugen und ihre Dienste anbieten.

Nach einem Bericht aus Cadiz machen die dort liegenden Kriegsschiffe gemeinsame Sache mit den Artilleristen, die in ihren Kasernen konzentriert sind. Es heißt, daß in Barcelona die Lage ähnlich ist.

Nach einer Meldung der Pariser „Ere Nouvelle" sind seit Sonnabendabend sämtliche telegraphische und telephonische Verbindungen zwischen Spanien und Frankreich unterbrochen worden.

*

Die Bewegung richtet sich letzten Endes gegen den Diktator General Primo de Rivera, der es zwar verstanden hat, die Korruption in Spanien in einer kaum vorherseßbaren Weise einzuschränken, sich aber gerade dadurch bei fast allen bis dahin einflußreichen Persönlichkeiten des Landes verhaßt gemacht hat. Andererseits hat er die Sympathien des kleinen Mannes durch die furchtbaren Blutopfer des Marokkokrieges verloren, die ja auch jetzt noch nicht zu Ende sind. Bisher stand der im ganzen Lande, außer in dem separatistischen Catalonien (Hauptstdt: Barcelona), außerordentlich beliebte König auf Seiten des Diktators, doch ist auch er jetzt abgeschwenkt, wie die Ernennung des Generals Berengier, dieses schärfsten Gegners Primos de Rexira, zum Chef der militärischen Begleitung des Königs beweist.

Auch die außenpolitische Lage trägt dazu bei, Primo de Rivera zu erschüttern: die Ablehnung des ständigen Ratssitzes Spaniens durch den Völkerbundsrat ist eine schwere Niederlage der spanischen Diplomatie, die ergänzt wird oder doch aller Voraussicht nach ergänzt werden wird durch Ablehnung der spanischen Forderung auf Einverleibung der bisher internationalen Tangerzone in das spanische Marokkogebiet.

Primo de Rivera plant die Einberufung einer Nationalversammlung und hofft durch eine Volksabstimmung seine Stellung wieder festigen zu können. Aber die Mißstimmung des Volkes wegen der Marokkoopfer ist so groß, daß die Erwartungen Primos enttäuscht werden dürften. Stürzt er, wie fast mit Sicherheit anzunehmen, so ist es auch mit Spaniens neuer Großmachtstellung wieder vorbei. Letzten Endes wäre das zugleich ein Sieg Poincarés — der den jetzigen Unruhen in Spanien schwerlich fernsteht — über den mit Primo de Rivera soeben engverbündeten Franzosenfeind Mussolini.

Abreise des spanischen Vertreters aus Genf.

Palacios, der Spanien im Studienausschuß für die Zusammensetzung des Völkerbundsrats vertreten hat, reist nach Paris ab, von wo er sich wieder auf seinen Gesandtenposten in Brüssel begibt. Da noch keine Mitteilung der spanischen Regierung beim Völkerbund eingetroffen ist, scheint die Vermutung an Wahrscheinlichkeit zu gewinnen, daß Spanien ohne einen weiteren Schritt sich in der nächsten Zeit vom Völkerbund zurückzieht, etwa in der Art, wie dies Argentinien nach der ersten Völkerbundsversammlung gemacht hat. An den Arbeiten des Unterausschusses der Vorbereitenden Abrüstungskommission würden die Vertreter Spaniens voraussichtlich auch weiterhin wie die Vertreter Brasiliens teilnehmen.

Frankreich ist zufrieden.

Der Völkerbundsrat hat am Sonnabend einstimmig den Bericht und die Vorschläge des Prüfungsausschusses zur Zusammensetzung des Rates genehmigt und auf Grund seiner Vollmachten aus Artikel 4 des Völkerbundspaktes die Bezeichnung Deutschlands als ständiges Ratsmitglied sofort bei seinem Eintritt in den Völkerbund beschlossen.

Mit der gleichen Entschließung wird die Zahl der nichtständigen Ratsmitglieder von sechs auf neun erhöht.

Der offizielle „Petit Parasien" knüpft daran voll Wohlbehagen eine Betrachtung, die damit schließt, daß infolge der Vermehrung der nichtständigen Ratssitze das Ergebnis selbst unter Berücksichtigung des Eintrittes Deutschlands in den Völkerbund für Frankreich „keinesfalls ungünstig" sei.

Vermutlich würden nach Ansicht des „Petit Parisien" nichtständige Sitze Polen und Rumänien — die Militärverbündeten Frankreichs — erhalten, ferner Belgien und Uruguay (treue Freunde Frankreichs), zwei weitere lateinamerikanische Staaten (darunter Kuba), statt des deutschfreundlichen Schwedens würde das zum mindesten nicht deutschfreundliche Holland treten, an Stelle Brasiliens China, der erklärte Feind des mit Deutschland im Freundschaftsvertrag stehenden Sowjetrußlands, endlich werde evtl. ein nichtständiger Sitz an Spanien fallen, in dem der französische Einfluß im Wachsen zu sein scheint.

Coolidge droht.

Die Neuyorker Presse verbreitet in großer Aufmachung eine Kundgebung des Weißen Hauses, wonach Coolidge entschlossen sei, die Durchführung des Luftflottenprogramms und den Bau von Kreuzern und Tauchbooten zu beschleunigen, wenn die Genfer Abrüstungskonferenz erfolglos bleiben sollte.

Coolidge sehe sich veranlaßt, die Aufmerksamkeit der Welt darauf zu lenken, daß Amerika seinen Reichtum möglicherweise zur Vermehrung der Rüstungen verwenden könne, wenn das mit finanziellen Schwierigkeiten kämpfende Europa die Abrüstungsvorschläge Amerikas auch weiterhin übergehe. Amerika würde es in diesem Falle ganz gleich sein, ob es dadurch die Führung einer neuen Weltrüstungskampagne übernehmen würde. Er würde nicht ruhen, bis er in der Luft und im U-Boot-, Kreuzer- und Zerstörerkrieg die absolute Ueberlegenheit über die anderen Staaten erlangt hätte.

Diese scharfe Erklärung des sonst so zurückhaltenden Coolidge hat in diplomatischen Kreisen das größte Aufsehen erregt und wird als die Einleitung einer ganz neuen Politik gegenüber den Militärmächten Europas angesehen.

Aus China verlautet, daß die Kantontruppen ein englisches Kanonenboot auf dem Jangtsekiang angegriffen und genommen hätten; in Hangkau wurden die ausländischen Freiwilligen mobilisiert, das Ausländerviertel wurde in Verteidigungszustand gesetzt. — Auf Tschangtsolins Befehl wurden in der Mandschurei sämtliche Betriebsmittel und Schiffe der russischen Ostchinabahn und sämtliche Grundstücke beschlagnahmt. Damit ist Tschangtsolin in offenen Gegensatz zu Sowjetrußland getreten.

*

Der amerikanische Konsul in Hankau berichtet, daß ein amerikanisches Kanonenboot bei einem Kampfe zwischen Chinesen an den Ufern des Tangtseflusses von vier Granaten getroffen wurde. Auch eine amerikanische Kirche und ein Hospital wurden getroffen.

Frankreich und der Völkerbund.

Von unserem Pariser Vertreter.

Der Völkerbund ist in der französischen Politik populär, d. h. über die Notwendigkeit seines Bestehens sind sich alle politischen Parteien einig. Man kann sogar sagen, daß dies das einzige Thema ist über das Einigkeit unter den Parteien vorhanden ist. Je größer die Schwierigkeiten geworden sind, die sich im Laufe der letzten Monate erhoben haben, und je mehr die Institution als solche Angriffen ausgesetzt worden ist, um so stärker ist in Frankreich das Gefühl geworden, „die" Schutzmacht des Völkerbundes zu werden und sein Bestehen gegen alle und jedermann zu verteidigen. Diese Haltung ist nichts als die logische Folge der politischen Vereinsamung Frankreichs. Wenn im Anfang, namentlich unter der ersten Regierung Herriot, mehr sentimentale als politische Erwägungen den Ausschlag gaben, so sind es heute, veranlaßt durch die neuerliche Entwicklung der europäischen Politik, hervorragend praktische Gedankengänge, die Frankreich den Wert des Völkerbundes als sehr hoch erscheinen lassen.

Der Völkerbund ist für Frankreich die Gewähr des gesicherten Besitzes seiner Eroberungen. Die französische Außenpolitik ist sich darüber klar, daß von den einstigen Verbündeten jeder wieder seinen eigenen Gang geht und seine eigenen Interessen ohne Rücksicht auf die anderen verfolgt. Dies gilt in erster Linie für Italien und England, in zweiter für Spanien. Wo Frankreich seine Augen hinlenkt, auf das Mittelmeer, auf seine afrikanischen Besitzungen, auf Syrien, auf die früheren deutschen Kolonien, ja selbst auf das Elsaß — überall findet es fremde Ansprüche. Und es findet sich allein in seiner Verteidigung. Die Ruhrbesetzung hat endgültig gezeigt, daß Frankreich nicht mehr von den einstigen Kriegsgenossen unterstützt wird, eine Wiederholung der gleichen Geste erscheint ausgeschlossen.

Im Falle eines ernsten Streites sieht sich das Land daher auf seine eigenen Kräfte angewiesen, und diese Kräfte sind heute nicht mehr allzu groß. Der Krieg mit seinen rund 1,5 Millionen Toten in Frankreich hat erschreckende Lücken gerissen. Ohne die immer zahlreicher werdende ausländische Einwanderung könnte Frankreich heute überhaupt nicht mehr seine Landwirtschaft, seine Industrie aufrecht erhalten. Es mangelt selbst trotz dieser Einwanderung an Arbeitskräften. Große Firmen finden trotz hoher Löhne und Gehälter schwer geeignete Kräfte. Das Land befindet sich in einer Verteidigungsstellung, sowohl wirtschaftlich wie politisch wie militärisch.

Da erscheint der Völkerbund als die einzige Gewähr für den Frieden und das Gedeihen. Als bei dem letzten bulgarisch-griechischen Grenzfall der Völkerbundsrat in Paris seine Tagung abhielt, die auch tatsächlich eine friedliche Beilegung ermöglichte, wurde die gesamte französische Presse nicht müde, den Wert der Institution zu loben. Aus dem einfachen Grunde, weil damit auch Frankreich im gegebenen Falle die Austragung eines ernsten Konfliktes mit einer Nachbarmacht durch den Völkerbund erzielen könnte. Angesichts der sich zuspitzenden Lage im Mittelmeer und der Gegensätze zwischen den spanisch-italienischen und französischen Machtansprüchen ist solche Möglichkeit von außerordentlicher Bedeutung. Daneben auch für die deutsch-französischen Verhältnisse, und aus diesem Grunde ist auch von Frankreich der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund so dringend gefordert worden.

Ein außerhalb des Völkerbundes stehendes Deutschland erscheint weitaus gefährlicher als ein Deutschland, das Mitglied geworden und damit den Entscheidungen des Völkerbundes unterworfen ist. Und dies umso mehr, als sich als Folge der Frankenentwertung und Geldknappheit auch das System der Bündnisse und Vasallenstaaten auf dem Balkan und in Osteuropa zu lockern beginnt, das recht eigentlich das Werk Poincarés war. Es bedurfte des energischen Einspruches der französischen Regierung, um den jugoslawischen Verbündeten davon abzuhalten, ohne Beteiligung Frankreichs im Frühling ein Abkommen mit Italien zu schließen, und Polens widerspenstige Haltung bei der letzten Völkerbundstagung hat der französischen Außenpolitik nicht geringe Sorgen bereitet.

Die Haltung Poincarés gegenüber Deutschland ist noch immer die gleiche geblieben, wie sie es vor Jahren war, und wenn auch er in dem Eintritt Deutschlands eine Notwendigkeit erblickt, so ist er doch in seiner grundsätzlichen Stellungnahme weit entfernt von dem einstigen Ueberschwang Herriots und der sich an seiner eigenen Worten entzündenden Beredtsamkeit Briands. Die Rechtsparteien, die heute wieder Oberwasser bekommen haben, sind weit davon entfernt, das Kompromiß von Genf befriedigend zu finden. Sicher wäre die ganze europäische Atmosphäre heute anders, wenn der Eintritt Deutschlands schon bei der letzten Tagung möglich geworden wäre und Poincaré bei der Uebernahme der Regierung sich einem bereits Mitglied gewordenen Deutschland gegenübergesehen hätte.

Die Anwesenheit dieser Persönlichkeit als Führer in der französischen Regierung wird nicht gerade die Zukunft erleichtern, so wie ihre Folgen bereits in den deutsch-belgischen Verhandlungen über Eupen zu spüren waren. Von allen europäischen Großmächten ist es heute das Frankreich

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19260907019/fragment/page=0001

Poincarés, das statt nüchterner Erwägungen Gefühle in der Außenpolitik mitsprechen läßt. Wenn es sich um das Mittelmeer handelt, wird noch immer von den „lateinischen Schwesternationen", und wenn es sich um Deutschland dreht, von einem von der wirklichen Bevölkerung längst vergessenen Leiden und Entbehrungen geredet. Poincaré ist der allerrücksichtsloseste aller Führer europäischer Regierungen. Solange er am Ruder sein wird, wird auch der Völkerbund darunter zu leiden haben.

R. Albrecht.

„Ohne Sozialdemokraten geht es nicht."

Erklärungen Dr. Silvebergs auf der Dresdener Industrietagung.

In seinem Vortrag über „Deutsches Unternehmertum in der Nachkriegszeit" auf der Tagung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie erklärte der bekannte westdeutsche Industrieführer Geh. Reg.-Rat Generaldirektor Dr. Silverberg u. a.:

Es ist eine auf die Dauer in höchstem Maße allgemeinpolitisch und wirtschaftspolitisch unerträgliche und schädigende Lage, wenn eine große Partei, wie die Sozialdemokratie, in einer im deutschen Parlamentarismus mehr oder weniger verantwortungsfreien Opposition steht. Man sagte einmal, es kann nicht gegen die Arbeiterschaft regiert werden. Das ist nicht richtig. Es muß heißen: Es kann nicht ohne die Arbeiterschaft regiert werden.

Und wenn das richtig ist, muß man den Mut zur Konsequenz haben, es soll nicht ohne die Sozialdemokratie, in der die überwiegende Mehrheit der deutschen Arbeiterschaft ihre politische Vertretung sieht, regiert werden. Die deutsche Sozialdemokratie muß zur verantwortlichen Mitarbeit heran. Und sie wird auch als Partei zugrunde gehen, wenn sie sich nicht hierzu entschließt."

Der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Dr. Reichert stimmte den wirtschaftlichen Ausführungen Dr. Silvebergs gegen das Vordringen des Staates in die Privatwirtschaft und gegen die übermäßige Steuerbelastung zu, widersprach auch nicht der Erklärung Dr. Silvebergs für die Republik, betonte jedoch: Man müsse fragen, ob die Arbeiterschaft identisch sei mit der Sozialdemokratie. Wenn man mit der Arbeiterschaft regieren wolle, könne man einmal zeitweilig links regieren. Die Dauerregierung mit links habe weder in Sachsen noch in Preußen zu erfreulichen Zuständen geführt.

*

Wir möchten zu Dr. Silvebergs Erklärungen nur das eine bemerken: Gegen die Arbeiterschaft zu regieren, ist die Absicht keiner einzigen deutschen Partei und wäre ebenso unverantwortlich töricht wie ungerecht. Aber wenn schon der Weg beschritten werden soll, um endlich inneren Frieden in Deutschland zu schaffen, den der sozialdemokratischen Partei zugehörenden Teil der Arbeiterschaft (der angesichts der großen Zahl kommunistischer und nationaler Arbeiter noch nicht einmal die Mehrheit der Arbeiterschaft darstellen dürfte) in eine große parlamentarische Arbeitsgemeinschaft einzubeziehen, so würde sich als Konsequenz der Auffassung Dr. Silvebergs ergeben, daß auch die Deutschnationalen, ja selbst die Kommunisten in die Regierung einbezogen würden. Damit kämen wir zu dem in unserem einstigen Leitartikel „Ein seltener Vogel" vertretenen Standpunkt, daß in die Regierung ganz einfach alle größeren Parteien hineingehören und eben zusehen müssen, wie sie trotz ihrer Gegensätze die Gesamtpolitik vorwärts bringen. Dagegen bleibt Silvebergs Vorschlag der Ausschaltung der Rechten eine dem eigentlichen Sinne der Demokratie widersprechende Einseitigkeit und Entrechtung der starken Minorität.

Laut „Reichsanzeiger" ist Reichsminister a. D. v. Schlieben ab 1. Oktober 1926 an Stelle des infolge Erreichung der Altersgrenze in den dauernden Ruhestand tretenden Wirkl. Geh. Oberfinanzrats Dr. h. c. Schwarz zum Präsidenten des Landesfinanzamts Magdeburg ernannt worden.

Die ausländischen Arbeiter in Frankreich.

Ein Klagelied des „Petit Parisien".

René Dubreuil schreibt im „Petit Parisien": „Unter den schwierigen Fragen unserer Nachkriegszeit steht die der ausländischen Arbeiter im Vordergrund. Bedeutet es Vorteil oder Nachteil, unsere Tore weit aufzumachen für die ständig nachziehenden Millionen fremder Arbeiter, die Stadt und Land bei uns erfüllen?

Die Ansichten hierüber sind so geteilt, daß selbst die Behörden nicht mehr wissen, was sie antworten sollen, wenn die einen sagen, es gäbe zu viel ausländische Arbeiter in Frankreich, und die anderen, es gäbe zu wenig. Man veröffentlicht **ein Gesetzdekret oder Zirkular nach dem andern** über dieses schwierige Thema, und all diese papiernen Erlasse haben in der Praxis keinen anderen Wert, als die Aktenregale der Regierungsstellen zu füllen. Vielleicht wäre es möglich, die Frage mit einiger Aussicht auf Erfolg zu studieren, wenn sie von einer einzigen Behörde bearbeitet würde. Aber: wenn einst im Achtzum sich sieben Städte um die Ehre stritten, der Geburtsort Homers zu sein, so streiten sich heute vier unserer Ministerien um den zweifelhaften Vorzug, die Angelegenheiten der in Frankreich sich aufhaltenden Ausländer zu bearbeiten: das Ministerium des Äußeren, des Inneren, der Arbeit und der Landwirtschaft. Wenn man genauer nachprüfte, würde sich vermutlich noch ein fünftes oder sechstes Ministerium finden.

Jetzt ist ein neues Gesetz ergangen, das die lobenswerte Absicht hat, „den nationalen Arbeitsmarkt zu sichern". Aber das alles sind nichts als Worte. Die Praxis ist viel einfacher. Das neue Gesetz wird eine Reihe von Gewerkschaften moralisch befriedigen, aber es wird sie keineswegs wirkungsvoll schützen, sofern sie wirklich in Gefahr sein sollten.

Das Gesetz bestimmt in der Hauptsache: „Künftig ist es jedermann verboten, einen Ausländer zu beschäftigen, der nicht mit einer besonderen Ausweiskarte versehen ist"; „es ist beispielsweise verboten, als Lastkutscher einen ausländischen Arbeiter zu beschäftigen, den seine Ausweiskarte als Glasarbeiter bezeichnet, es sei denn, daß ein Jahr seit Aushändigung der Karte verflossen ist oder daß der Arbeiter einen Ausweis des Arbeitsnachweises besitzt, der den besonderen lokalen Bedarf bestätigt". „Der Name des ausländischen Arbeiters muß umgehend in eine Liste eingetragen werden, die auf Verlangen den Kontrollbeamten (Polizei und Arbeitsnachweis) vorgelegt werden muß"; „schwere Strafen sind vorgesehen für die Unternehmer, die diese Bestimmungen nicht befolgen". — Wie man sieht, läßt dieses Gesetz

sehr viel Spielraum für die Unternehmer,

sich mit den Behörden zu einigen, aber eine Lösung des Problems der ausländischen Arbeiter wird es nicht bringen.

Wenn all unsere vielfachen Regierungen nichts gegen die Erscheinung getan haben, die man mit Recht eine „Invasion der ausländischen Arbeiter" nennen könnte, so ist der Grund, wie wir offen gestehen müssen, darin zu sehen, daß wir sehr zufrieden waren, fremde Arbeiter in einer Zeit zu finden, die sehr schwierig war und für ihre gesteigerte Produktion Zusatzarbeitskräfte brauchte. Vielleicht kann man auch heute noch nicht sagen, daß die Stunde gekommen ist, alle diese Arbeiter in ihr Heimatland zurückzuschicken. Die Landwirte verlangen dringend nach Polen und Tschechoslowaken trotz der offensichtlichen Mangelhaftigkeit ihrer Leistungen. Die Bauunternehmer holen sich täglich in Nordafrika die dortigen zuverlässigen Maurer und Bauarbeiter, das Gastwirts- und Erfrischungsgewerbe fordert immer neue Spanier an. Das geht so weit, daß selbst unser Straßenreinigungsdienst ständig Marokkaner aus unseren afrikanischen Kolonien fordert, die zwar Franzosen ihrer Staatsangehörigkeit nach, aber uns völlig fremd in ihren Gewohnheiten sind, wie ihre zahlreichen Straftaten uns täglich aufs neue beweisen.

Von Zeit zu Zeit ertönt der Ruf: „Fort mit den ausländischen Arbeitern!" Sehr einprägsam. Aber wer soll die Handarbeit ersetzen, die so notwendig ist in einem Lande wie dem unsern, wo die Arbeitslosigkeit nicht existiert, wo offene Stellen im Ueberfluß angeboten werden und die Nachfrage nach Arbeitskräften ständig zunimmt?

In den verschiedenen Ministerien, in denen wir Erkundigungen eingezogen haben, gibt man zu, daß unsere Situation gegenüber diesem Eindrängen der Ausländer manches zu wünschen übrig läßt; aber man werde immer wieder entmutigt durch die Arbeiternachfrage aus den Kreisen des Handels, der Industrie und der Landwirtschaft.

Die wirkliche Wahrheit — die man offiziell verschweigt — ist die, daß die in Frankreich weilenden Ausländer, soweit es Arbeiter sind, eine viel geringere Gefahr für uns bedeuten als die übrigen Ausländer. Nicht der italienische Maurer, nicht der Kellner aus Barcelona, nicht der sentimentale polnische Musiker, auch nicht der primitive Algerier sind die gefährlichsten Ausländer für uns, sondern

die Ausländer, die man „offiziell" nennen könnte.

Diese werden durch keine Reglements erfaßt, sie ziehen in unser Land ein als offizielle oder halboffizielle diplomatische Vertreter, sie bringen wichtige Teile unseres Handels in ihre Hand, sie kaufen unsere schönsten Güter weg, sie erwerben Aktienpakete oder sonstige Anteile an unseren industriellen Werken, werden Eigentümer der wertvollsten städtischen Grundstücke, handeln mit allem, setzen sich über alle Hemmungen hinweg, schaffen unser Geld ins Ausland und stürzen das, was sie nicht wegschleppen können, im Kurs. Mit ihnen hängen auch andere dunkle Punkte zusammen, auf die niemand offiziell einzugehen wagt, wie beispielsweise die Einflüsse der ausländischen Arbeiter auf die Innenpolitik und die öffentliche Ordnung.

Das ist in kurzen Zügen, was man in unseren amtlichen Kreisen über die Frage der ausländischen Arbeiter in Frankreich denkt. Und nicht nur dort, sondern genau so oder ähnlich in allen übrigen Kreisen unseres ganzen Volkes."

Amerikaanleihe Preußens.

Auf Rückfrage an zuständiger preußischer Regierungsstelle wird bestätigt, daß mit dem amerikanischen Syndikat unter Führung von Harris, Forbes & Co. eine grundsätzliche Einigung über die Anleihe von 20 Millionen Dollar in 6½proz. Bonds, die im Jahre 1951 fällig werden, zwar erzielt ist; vor dem endgültigen Abschluß müssen aber noch eine Anzahl Einzelheiten geregelt werden; auch steht der Verkaufskurs, zu dem die Anleihe aufgelegt werden soll, noch nicht fest.

Altershilfe für Angestellte.

Auf der 3. Bundestagung des Gewerkschaftsbundes der Angestellten in Hamburg wurden die von den leitenden Körperschaften des Bundes vorgelegten Anträge auf Einführung einer großzügigen Altershilfe für die Angestellten und Erhöhung des Hinterbliebenengeldes einmütig angenommen. Das Hinterbliebenengeld wurde bis zu 200 Mark für den einzelnen Todesfall erhöht. Gleichzeitig wurde das Hinterbliebenengeld auch im Falle des Todes der Ehefrau beschlossen.

Kommunisten und Kleinkaliber.

Die Kommunistische Fraktion des Preußischen Landtags hat eine Große Anfrage wegen der Ausbildung im Kleinkaliber-Schießen unter den rechtsgerichteten Verbänden eingebracht. Das Staatsministerium wird gefragt, ob es imstande sei, Auskunft zu geben 1., wieviel Waffenscheine in Preußen für den sog. Kleinkalibersport ausgestellt, 2., wieviel Kleinkaliber-Waffen und sonstige Waffen im Besitz der rechtsstehenden Organisationen seien, 3. aus welchen Quellen diese Verbände ihre Munition beziehen und ob es zutreffe, daß Munition sowie Maschinengewehre usw. von Reichswehrstellen geliefert würden, 4. in welchem Umfange Reichswehr-Schießstände benutzt würden und in welchem Umfange und in welchen Formen derartige Uebungen Unterstützung durch die Reichswehr erhielten, 5. ob die Scharfschießübungen der rechtsstehenden Verbände polizeilich überwacht würden und ob beiahendenfalls die Berichte der Polizei über diese Uebungen dem Landtag mitgeteilt werden könnten.

— Das ausgerechnet die Kommunisten mit dem Großkaliber einer parlamentarischen Großanfrage gegen die Kleinkaliber vorgehen und nach Polizei rufen, ist wirklich spaßig, denn für sich selber lehnen sie den Parlamentarismus, die Polizei und die Entwaffnung ihrer Kampforganisationen ab. Daß sie durch parlamentarische Aufbauschung und Entstellung des Kleinkalibersports den unsinnigen Eindruck erwecken, als handle es sich um geheime Rüstungen der „rechtsstehenden Verbände" und daß sie damit den schwerbewaffneten Franzosen Vorwände zu immer neuen Entwaffnungsforderungen geben, ist leider nicht verwunderlich, sie blasen damit nur in dasselbe Horn wie die demokratische und sozialistische Presse. Es ist „viel Lärm um nichts", der aber die deutsche Außenpolitik und damit das gesamte Volk schwer schädigt.

Die Vlamenbewegung.

Bekanntlich setzt sich die Bevölkerung Belgiens aus zwei nach Rasse und Sprache ganz verschiedenen Volksstämmen zusammen: aus den mit den Franzosen blutsverwandten und französisch sprechenden Wallonen, die die Mehrheit der Bevölkerung bilden und in der Politik den Ausschlag geben, sowie den Vlamen, die blutsverwandt mit den Holländern und Deutschen und die eigentliche Stammbevölkerung Flanderns sind, daher auch auf französisches Gebiet hinüberteilen.

Schon vor dem Kriege begannen die Vlamen sich besonders in Belgien und in schwachem Maße auch im angrenzenden französischen Flandern gegen die völlige Ueberwucherung ihrer Stammes- und Spracheigenart durch die wallonisch-französische Mehrheit aufzulehnen. Seit dem Kriege und seit der Proklamation des „Selbstbestimmungsrechts der kleinen Völker" hat diese Bewegung besonders in Belgien weiter zugenommen und beginnt auch in Frankreich sich mehr zu rühren, seit dort die Selbständigkeitsbestrebungen der fremdstämmigen Völker, insbesondere der keltischen, mit den Iren und Walisern verwandten Bretagner, durch die Heimatbewegung der Elsaß-Lothringer neuen Anstoß erhalten haben.

Wie stark die vlämische Bewegung in Belgien anwächst, war aus der kürzlich in Dixmuiden für die im Weltkriege gefallenen Vlamen abgehaltenen riesigen Kundgebung zu ersehen, an der über 30 000 Vlamen teilnahmen. In den Ansprachen wurde die Freiheit von Flandern und die Amnestie für die politisch Verurteilten gefordert. In einer Entschließung wurde diese Forderung als ein einmütiges Begehren des vlämischen Volkes bezeichnet, für das die vlamischen Krieger in den Tod gegangen sind. Die Kundgebung verlief ungestört, da die Belgier sich offenbar scheuen, durch Gewaltmaßnahmen der Bewegung Märtyrer und nur größeren Anhang zu schaffen.

Jedenfalls wird die Nationalitätenfrage in Belgien und möglicherweise auch in Frankreich zu einem ernsten Problem werden.

Aus der Dobrudscha wird ein neuer Ueberfall bulgarischer Komitatschibanden gemeldet, die mehrere Häuser anzündeten und zwei Personen töteten. Die Nachricht hat in Belgrad Aufsehen hervorgerufen und dürfte, falls sie sich in diesem Ausmaße bewahrheitet, neue diplomatische Folgen haben.

*

„Daily Mail" meldet aus Tanger: Die von Primo de Rivera nach Madrid eingeladenen Notabeln der Tangerzone haben, wie hier zuverlässig verlautet, der Einladung keine Folge geleistet.

*

Damaskus wurde Sonntag früh von fünfhundert Aufständischen angegriffen, die in die Stadt eindrangen, aber nach zweistündigem Kampfe daraus verdrängt wurden. 40 Personen wurden getötet, darunter drei weiße französische Soldaten.

Die Frau und die moderne Jugendbewegung.

Gegen die Familienflucht der Jugend

Von Ruth Spangenberg.

Schärfer denn je tritt in unserer Zeit der Gegensatz zwischen der alten und jungen Generation zutage. Und besonders leiden unter diesem Zwiespalt, der die Familien trennt, die Mütter, die ihren Kindern auf dem Weg ins Leben so gern helfend die Hände reichen möchten. Aber die Jugend geht in stolzem Unabhängigkeitsgefühl ihre eigenen Wege, ohne die Mutter um Rat zu fragen. Die einen werfen sich in das Treiben der Großstadt und huldigen mit jugendlicher Leidenschaft Vergnügen, Tanz und Spiel. Die anderen vergraben sich hinter Büchern, besuchen Museen und führen ein Leben der Abgeschlossenheit, ängstlich jedem den Einblick während in die selbstgeschaffene Welt. Wieder andere suchen Anschluß an die Jugendbewegungen, die in unserer Zeit eine große Bedeutung gewonnen haben.

Die verschiedenen Bewegungen und Ziele, so mannigfach sie auch lauten, fußen doch alle auf einer Basis: Zurück zur Natürlichkeit der Menschen in Kleidung, Lebensweise und Gesellschaftsformen. Alle Verschiedenheiten der äußeren Formen werden in diesem Gedanken geeint. Und die Jugend fühlt sich angezogen von dem Geist, der diese Jungscharen durchpulst. Es sind frische, fröhliche Menschen, die sich hier zusammenfinden zu gemeinsamem Spiel und Sport, zu Volkstanz und Heimabenden, in denen Aeltere den Jüngeren Vorträge über Lebensfragen und Sitten, Sittlichkeit und Gesellschaftsordnung halten. Die Jugendgruppen sind teilweise nur von Gleichgeschlechtlichen besucht, aber es finden sich auch viele Bünde, die für gemeinsames Wandern und gemeinsame Heimabende eintreten. Hierin liegt unbedingt eine Gefahr, die zwar von den Jugendlichen selbst verlacht, aber von den Eltern mit Besorgnis erkannt wird. Verkannt soll nicht der gute Einfluß sein, den der Verkehr der beiden Geschlechter untereinander in vielem ausübt; denn viel roher Scherz und loses Wort bleiben unterlassen; die Ritterlichkeit der jungen Männer gegenüber den Mädchen auf weiteren Touren wirkt nur erziehlich, aber doch sind die Nachteile größer als die erziehlichen Vorteile.

Der größte Schaden, den diese Jugendgruppen anrichten, gleich welcher Art sie auch sind, ist die Familienflucht ihrer Angehörigen. Immer wieder hört man von Müttern die Klagen, daß die Jugendlichen fast an jedem Abend ausgehen. Bald ist es ein Reitabend, bald Singestunde, bald Turnübungen, bald Wanderungen, die sie fernhalten von der Häuslichkeit. Auch an Sonntagen reisen Wanderungen vom Bund die Familien auseinander. Das Uebel liegt auf der Hand — aber wo ist der Grund dafür zu suchen? Was zieht die Jugend in die Bünde? Jeder junge Mensch sucht Anschluß an Gleichgesinnte. Vielen fehlt aber ein Bekanntenkreis, der auf dieselbe Wesensart gestimmt ist. Im großen Bund dagegen finden sie leichter, was sie suchen. Wieder andere haben eine sehr konservative Häuslichkeit, die in Strenge und Abgeschlossenheit die Kinder heranwachsen lassen will. Aber wo Jugend ist, ist viel Sturm und Drang, viel innere Not und viel revolutionäres Aufbegehren. Und gerade diese streng erzogenen Kinder werden häufig zu Führern dieser sich von elterlicher Erziehung „bedrückt" fühlenden Jugendlichen. Sie finden dann den Widerklang der eigenen Auflehnung in der Jugendgruppe und ergeben sich ihr willig und ganz. Wieder andere treibt die Wanderlust in die Bünde, die Freude am Singen und Tanzen. Fast bei allen ist aber das bestimmende Motiv eine gewisse Unbeständigkeit in dem Elternhaus, eine Heimflucht, weil es zu abgeschlossen und ohne jugendlichen Frohsinn daheim zugeht.

Und hat sich ein junger Mensch erst einmal dem Elternhaus entfremdet, führt ihn so leicht nichts zurück. Die Mütter stehen ihrer heranwachsenden Kinderschar fremd gegenüber und hören nur noch von den Auswüchsen ihres Lebens. Wie kann man da helfen? Die Hauptforderung der Jugend ist Verkehr mit Jugendlichen. Darum sollten es die Eltern sich zur Aufgabe machen, ihren Kindern die Möglichkeit zwanglosen Verkehrs im eigenen Hause zu geben. Regelmäßige Zusammenkünfte brauchen nicht fern der Familie stattfinden, sondern können innerhalb des Familienkreises abgehalten werden. Verschönerungen der Abende durch kleine Ueberraschungen, die ohne viel Geld herzustellen sind, wie sinniger Tafelschmuck in Anlehnung an die Jahreszeit, oder ein Fest literarischen oder historischen Charakters. Anknüpfungen an einen Namenstag oder dergleichen werden von der Jugend dankbar begrüßt werden.

Nur wenn das Elternhaus den Kindern einige persönliche Freiheit in der Wahl ihres Verkehrs gewährt, wenn sie ihre eigenen Ideen entwickeln können und nicht Furcht vor lebensweiser Kritik haben müssen, werden die Eltern es erreichen, daß sich die Jugend nicht von ihnen loslagt. Auch wenn vieles den Aelteren übertrieben erscheinen wird, was die Jugend begeht und fordert, soll man doch nicht hart verdammen, sondern bedenken, daß die Jugend das Vorrecht zügelloser Wünsche und größter Leidenschaftlichkeit in der Erziehung eines Zieles hat, daß Lebenserkenntnis noch nicht Zaum an die üppig wuchernden Träume gelegt hat. Nur dann, wenn das Familienleben den Jugendlichen gehaltet, daß individuell zu gestalten, frei sich zu entwickeln, wobei nicht freie Entwicklung mit Erziehungslosigkeit gleichzusetzen ist, wird die Heimflucht unserer Jugend den Eltern gespart bleiben. Und das zu ermöglichen, ist Arbeit und Aufgabe der Mütter, denn sie sind die Vermittler und Zwischenträger zwischen den Erwachsenen und den Heranreifenden, sie sind die Seele des Familienlebens.

Aufnahme in die „Studienstiftung des Deutschen Volkes".

Die „Wirtschaftshilfe der Deutschen Studentenschaft" teilt uns mit: „Der diesjährige Einreichungstermin für Gesuche um Aufnahme in die „Studienstiftung des Deutschen Volkes" für Abiturienten, die im Sommersemester 1927 das akademische Studium beginnen wollen, ist auf den 1. November 1926 festgesetzt worden. In Frage kommen nur Bewerbungen von wissenschaftlich ausnahmsweise tüchtigen und begabten, menschlich wertvollen Abiturienten aller Stände, denen die Mittel zum Studium fehlen. Die Zahl der Bewerbungen für das letzte Studienjahr betrug 1085, davon mußten 820 abgelehnt werden. Hieraus geht hervor, daß „nur wirklich erstklassige Gesuche auf Berücksichtigung durch die „Studienstiftung" Aussicht haben. Im übrigen sind für sämtliche studentische Unterstützungsangelegenheiten allein zuständig die bestehenden Wirtschaftshilfen an den einzelnen Hochschulen. Einreichung der Gesuche kann lediglich erfolgen durch die Schulleitungen der höheren Lehranstalten. Gesuchseinsendung auf anderem Wege oder nach dem letzten Termin ist zwecklos. Die Entscheidung über die Gesuche erfolgt voraussichtlich Anfang März 1927.

Tagung der Gesellschaft zur Erhaltung des Wisents. In Wien findet gegenwärtig die dritte Jahreshauptversammlung der 1923 in Berlin gegründeten Internationalen Gesellschaft zur Erhaltung des Wisents statt, deren Präsident der Direktor des Zoologischen Gartens in Frankfurt a. M., Dr. Priemel ist. An der Tagung nehmen Männer der Wissenschaft und Besitzer von Wisentparks aus allen europäischen Ländern teil.

Pfälzer Volkskunst. In Mannheim ist eine Pfälzer Truppe ins Leben gerufen worden, um in Pfälzer Bauerntracht die originellen Sitten und Sprachgebräuche der Pfalz im übrigen Deutschland besser bekannt zu machen und dem Pfälzer Humor neue Freunde zu gewinnen. Das Unternehmen pflegt in der Hauptsache den komischen Bauernschwank, und nennt sich bezeichnend die „Pelzer Krischer".

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19260907019/fragment/page=0002